

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

**Lobeck & Co.** Chocoladen, Cacaos Desserts.  
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Postgeschäftsstelle:  
Waisenhausstr. 24.

**Baugescheh.**  
Die Bauarbeiten für den neuen Hoftheaterbau sind im vollen Gange. Die Arbeiten sind bis zum 1. März fertig zu stellen. Die Kosten betragen 2,50 Mill. Mark. Die Arbeiten sind bis zum 1. März fertig zu stellen. Die Kosten betragen 2,50 Mill. Mark.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

**RAUM KUNST**  
Wer sein Heim nach künstlerisch. Grundätzen individuell ausstatten will, wende sich an die  
**Raumkunst**  
Dresden-A., Victoriastraße 5/7.  
Einrichtungen für Schlösser, Villen, Sanatorien, Hotels, Mietwohnungen etc. — Brautausstattungen v. 2500 M. an.

**Amateur-Photographie**  
**Cyko-Papier**  
Modernes Matt-Gaslichtpapier.  
Allein-Verkauf  
**Carl Plaul, Wallstr. 25.**  
Kgl. Sachs. Hoflieferant

Königl. Preuss. Staatsmedaille Silber.  
**Bon Jour** mit Goldrandstück. . . . . 3 1/2 A  
**Kriegsschule** do. . . . . 4 A  
**Luftschiffer** do. . . . . 5 A  
**Kronprinz Wilhelm** m. versch. Medaillen. . . . . 6 1/2 A  
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7  
Kairo — Brüssel — London E. C. — Frankfurt a. M., Bahnhofplatz 10.  
Grand Prix. Weltausstellung St. Louis 1904.

**Rönisch Pianos**  
Grösste Auswahl von guten Miet-Instrumenten.  
Gebrauchte Instrumente werden in Zahlung genommen.  
Eigenes Magazin: Waisenhausstrasse 24.

**Kauf - Tausch - Miete.**

**COGNAC MEUKOW**  
Mit in den meisten ersten Klassen Wettbewerben ausgezeichnet.

**Für eilige Leser.**  
Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.  
In der achtzigsten Sitzung der Zweiten Kammer kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen national-liberalen Abgeordneten und dem Finanzminister Dr. von Müller.  
Die Beisehung des verstorbenen Reichstagspräsidenten Grafen Udo zu Stolberg-Berningrode findet Donnerstag statt. Die Erbschaft ist auf kommenden Dienstag festgesetzt worden.  
In Berlin trat gestern der Bund der Landwirte zu seiner Generalversammlung zusammen.  
Die Gründung einer Rodenkreditanstalt für Südwestafrika steht unmittelbar bevor.  
Ein schwerer Sturm, der teilweise mit Schneeböen auftrat, hat in der Nordsee bedeutenden Schaden angerichtet. Andreas Hofer's 100. Todestag wurde in ganz Tirol in stillem Gedenken gefeiert.  
Der spanische Kriegsminister wird den Cortes einen Gesetzentwurf über die allgemeine Dienstpflicht vorlegen.  
Eine Verschwörung zugunsten des Expräsidenten Castro wurde in Venezuela entdeckt.

**Sozialpolitische Richtlinien**  
hat der Staatssekretär des Innern Herr Delbrück bei der Beratung seines Etats im Reichstage angesetzt. Es war eine Rede, der sich in ihrer Art die Großzügigkeit nicht obzuehren läßt, besonders wenn man berücksichtigt, daß der Staatssekretär ausdrücklich erklärte, er könne wegen seiner vorläufig noch nicht genügenden Erfahrung in seinem neuen Amte keine eigentlichen programmativen Darlegungen geben, sondern müßte sich auf die Zeichnung der Grundzüge seiner Politik in allgemeinen Umrissen beschränken. Die Tona der „Schweigsamkeit“ ist also nunmehr an der leitenden Stelle überwunden und der Worte werden genug gewechselt. Man sollte meinen, daß die Herren Kritiker von der radikalen Observanz, die sich zuerst an dem stillen Gebaren der neuen Männer nicht genug reifen konnten, an der letzten Wendung der Dinge ihre helle Freude haben müßten. Doch weit gefehlt! Nunmehr wird wiederum an den Reden des Ministers herumgerörgelt, die das Frankfurter Organ der süddeutschen Demokratie nicht einmal als Silber, sondern nur als Scheidemünze mit unruhmreicher Prägung bewerten will. „Was sollen wir uns dafür kaufen?“ fragt das genannte Organ mit spöttischer Resignation hinzu. Wenn gewisse Kreise des bürgerlichen Radikalismus, die alles nach dem „Kaufwerte“ berechnen und abschätzen, gehofft hatten, sie könnten sich für die amtlichen Reden des neuen Kurzes die Hoffnung auf Erfüllung ihrer Sonderwünsche kaufen, so sind sie freilich gründlich enttäuscht worden, und das ist auf so im Interesse unserer gedehlichen innerpolitischen Weiterentwicklung. Um so mehr aber werden auch alle aufrichtig patriotisch und staatsverhaltend gesinnten Elemente unseres Volkes das Gute in den Reden, die in den letzten Tagen von den Lippen unserer führenden Staatsmänner geflossen sind, bereitwillig anerkennen und den verantwortlichen Vektoren unserer vaterländischen Geschichte das Vertrauen entgegenbringen, daß es in der praktischen Politik an der Befähigung der Worte durch die Taten nicht fehlen wird.  
Wer die Ausführungen Herrn Delbrücks unbefangenen würdigt, kann nicht umhin, aus seinen warmherzigen Worten über die staatlichen Aufgaben auf dem Gebiete eines fürsorglichen Arbeiter-schutzes ein überaus interessantes Zeugnis zu unserer Sozialpolitik herauszulesen. Der Staatssekretär nahm insbesondere auch die Gelegenheit wahr, um die ihm von den Vertretern des sozialpolitischen Sturmes und Dranges angedichtete Inluf zum weiteren Ausbau unserer sozialen Einrichtungen klug und klar zurückzuweisen durch die bestimmte Versicherung, es sei unmöglich, daß bei dem starken sozialen Auge, der unsere Zeit beherrscht, die Gesetzgebung auf diesem Felde bereits als abgeschlossen betrachtet werden könne. Der Redner verstärkte den Eindruck dieser Erklärung noch durch die Hinzufügung, daß der bisherige Mangel einer verbindlichen Wirkung der Sozialpolitik auf die Arbeitermassen seinen Grund geben dürfe, um die fortschrittlichen Bestrebungen sozialen Charakters zu hemmen. Das entspricht ganz der von Anfang an auch von Bismarck befundenen Auffassung, die darin aufweist, daß Dank oder Undank der Arbeiter nicht den Antrieb und Maßstab für unsere sozial-

politische Betätigung bilden, sondern daß wir uns dabei von unserer idealen germanischen Staatsauffassung leiten lassen, die uns gebietet, nach Pflicht und Gewissen so zu handeln, wie wir es in Befolgung der Sozialbotschaft Kaiser Wilhelms I. und der Februar-Erlasse Kaiser Wilhelms II. zu tun bestrahlt sind.  
Der neue Herr im Reichsamt des Innern schlug aber auch noch andere Töne an, die beweisen, daß er nicht der einseitigen, früher vom Grafen Pojadowski vertretenen Anschauung huldigt, die den Blick lediglich auf die Arbeiter-schicht gerichtet hält und darüber große gleichberechtigte Interessen zu kurz kommen läßt. Herr Delbrück verlag nicht, auf die soziale Notwendigkeit einer Förderung des Mittelstandes hinzuweisen, der in seiner selbständigen Leistungsfähigkeit erhalten bleiben müsse. Er meinte zwar, was auf dem Gebiet der Mittelstandsförderung geschehen könne, unterliege in allererster Linie der Fürsorge der Bundesstaaten. In gewissem Umfange ist das zweifellos richtig; daß aber auch das Reich hier in sehr nützlicher und wirksamer Weise eingreifen vermag, haben die bisherigen reichsgerichtlichen Maßnahmen zum Schutze des Mittelstandes vollumfänglich erwiesen, und es wird daher Bedacht darauf zu nehmen sein, daß jedes im Bereiche der Möglichkeit liegende weitere Vorgehen nach dieser Richtung bei den Faktoren der Reichsgesetzgebung volle Würdigung findet. Nicht minder beachtenswert war die sympathische Art, wie sich Herr Delbrück über unsere industrielle Entwicklung äußerte. Wenn er nachdrücklich betont, daß gerade das Reich über die ungeschmälerte Aufrechterhaltung unserer stolzen industriellen Errungenschaften wachen müsse, so liegt darin zugleich ein Hinweis auf den maßgebenden Einfluß, den bei künftigen sozialpolitischen Entscheidungen der Regierung die Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit unserer Industrie unbedingt erhalten soll. Das ist mit besonderer Genugtuung zu begrüßen; denn die überhäufte Nachgiebigkeit gegen sozialpolitische Forderungen ohne genügende eingehende Erwägung der damit für die Industrie verknüpften Kosten war unzweifelhaft zu einem Abschwächen des alten sozialen Kurzes geworden, der die Bedingungen unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte vielfach ernstlich erschwerte. Dadurch wurde auch in weiten Bevölkerungskreisen eine sozialpolitische Mißstimmung und Unlust erzeugt, die wiederholt in der Presse und im Reichstage denkligen Ausdruck fand. Die steigende Verbreitung eines solchen Unmutes bildet für die nationale Vertiefung des sozialen Gedankens, für seine Verwurzelung im allgemeinen Volksbewußtsein eine unverkennbare Gefahr, auf die auch der Staatssekretär in seiner Rede hinwies durch die Mahnung, es dürfe bei der Behandlung der sozialen Frage niemals übersehen werden, daß wir in der Sozialpolitik unvergängliche Bestreuer zu wahren haben, und daß dies nur gelingen könne, wenn sich das ganze Volk für diesen Kampf zusammenschließe. Das gemeinsame Einsehen aller besonnenen Bevölkerungsschichten für die Sozialpolitik aber wird gerade um so sicherer erreicht werden, je konsequenter die Regierung an der Richtschnur festhält, daß die Industrie mitamt den übrigen Erwerbsständen die Senne ist, die uns die goldenen Eier legt und von deren Gedelchen das ganze Werk der sozialpolitischen Fürsorge wesentlich bedingt wird.  
Daß auf dem Wege zur Verallgemeinerung dieser Erkenntnis noch manche Hemmnisse zu überwinden, noch zahlreiche Irrungen und Wirrungen zu klären sind, erhebt u. a. aus einer recht unverständigen Betrachtung, welche die „Soziale Praxis“ zum zwanzigjährigen Gedächtnisse der Februar-Erlasse des Jahres 1890 bringt. Es wurden darin neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes gegen Betriebsgefahren gesetzliche Bestimmungen zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in Aussicht gestellt. Das genannte Organ begleitet seine geschichtliche Erinnerung mit dem Kommentar, daß „diesem unigen und freudigen Bekenntnis zur Sozialpolitik manche Taten gefolgt seien“, daß aber im übrigen die „strobe Initiative“ sich jetzt verflüchtigt zu haben und an ihre Stelle die Neigung getreten zu sein scheine, eine zielbewusste Sozialreform mit „sentimentaler Wohlthätigkeit“ oder „verschwommener Wohlfahrtspflege“ zu verwechseln. „Manche Taten!“ Das ist von solcher Seite die ganze Anerkennung der umfassenden sozialen Fürsorgetätigkeit der letzten zwei Jahrzehnte, die durch eine Ueberfülle neuer Gesetze und Verordnungen das ganze Gebiet der Sozialpolitik mit nie ermüdender Sorgfalt weiter ausgestaltet hat! Wenn der zweite Teil

der Februar-Erlasse, der sich auf die Schaffung gemeinsamer, dem sozialen Frieden dienender Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezieht, bisher bei seiner Verwirklichung härteren Schwierigkeiten unterlag, so vergißt das vorgenannte Organ, welche erhebliche Mitschuld an diesem teilweisen Mißerfolge der ihm nachstehenden der Gesellschaft für soziale Reform zur Last fällt, die förmlich mit den sozialdemokratischen Anfein im Alkoholkonsum freize bei der öffentlichen Erzeugung von Mißtrauen gegen die Arbeitgeber wetteiferte. Anmerken sind doch Gewerbegerichte und Arbeiterausschüsse geschaffen worden und zurzeit befindet sich die Vorlage über die Errichtung von paritätischen Arbeitskammern, in denen beide Teile gleichmäßig vertreten sind, in der Kommission. Da über dies von der gegenwärtigen Regierung außer dem Arbeitskammergesetzentwurf und dem bereits früher fertiggestellten umfassenden Entwurfe einer einheitlichen Reichsversicherungsordnung noch drei weitere sozialpolitische Vorlagen eingebracht worden sind, über die Stellenvermittlung, die Hausarbeit und verschiedene kleinere, in einer Novelle zur Gewerbeordnung zusammengefaßte Materien, so ist nicht einzusehen, worauf sich der Vorwurf einer lässigen sozialpolitischen Initiative an amtlicher Stelle stützen soll. Die Wahrheit ist lediglich, daß wir uns unter den neuen Männern eines vorsichtigeren und gemäßigten sozialpolitischen Kurzes versehen dürfen, und das wird in allen ruhig und sachlich urteilenden Kreisen nur Beifall finden.

**Neueste Drahtmeldungen**  
vom 21. Februar  
**17. Generalversammlung des Bundes der Landwirte.**  
(Bergr. Tagesgeschichte.)  
Berlin. (Priv.-Tel.) Schon lange vor Eröffnung der Versammlung war heute vormittag der riesige Raum des Zirkus Busch bis zu den obersten Galerien überfüllt, in das auch Leute mit Eintrittskarten bereits eine Viertelstunde vor Beginn der Versammlung abgewiesen werden mußten.  
Der erste Redner war der Vorsitzende des Bundes, Abg. Dr. Koeflke, der zunächst der Verluste gedachte, die der Bund im verflochtenen Jahre durch den Tod erfahren habe. Der schwerste Verlust sei durch den Tod Edmund Klappers gebracht worden, des Mannes, der unter den Mitarbeitern des Bundes am meisten hervorgetreten durch die hervorragende Gabe seines Geistes, durch die scharfe Vogt seiner Entwicklung, durch die bedeutende Fähigkeit, das Richtige aus allen wirtschaftlichen und politischen Erscheinungen und Vorgängen auszuwählen. Redner fuhr dann fort: „Fast in demselben Augenblicke, wo wir unsere Versammlung abhalten, ist gleichzeitig die Trauerfeier oder wenigstens die Gedenkfeier eines Mannes, der erst vor gestern das Zeitliche gesegnet hat, der unser Mitglied und der berufenen way, eine der hervorragendsten Stellen im Deutschen Reiche einzunehmen als Präsident des Reichstages. Ich meine den Grafen Udo zu Stolberg-Berningrode, einen Mann, der sein Leben der öffentlichen Tätigkeit geweiht hatte und einst mit uns übergenat und mit uns zusammen die Wege ging, die wir glauben geben zu müssen, um dem Vaterlande Gutes zu bringen. Wir trauern ihm nach, und schmerzlich ist es uns, daß er lange Monate bereits unter der türkischen Krankheit gelitten hat, die schließlich sein Ende herbeiführte.“ Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des Andenkens des Verstorbenen von den Plätzen. — Dr. Koeflke wandte sich dann zu der Reichsfinanzreform: „Wir glauben zu haben, wir glauben heute noch, eine nationale Tat begangen zu haben. Wir haben aber schmerzlich empfunden, daß an der Durchführung dieser Aufgabe sich Kreise nicht beteiligt hatten, die nach ihrer eigenen Anschauung dem nationalen Gedanken, der nationalen Idee erhaben sind. Ich meine vor allem die national-liberale Partei.“ Redner wies dann den Vorwurf zurück, daß der Bund der Landwirte auf den Sturz des Fürsten Bülow hingewirkt habe. „Wir können mit gutem Recht und müssen diesen Vorwurf zurückweisen, denn die Voraussetzung dafür, daß Fürst Bülow von uns hätte gestürzt werden können, die ist es ja gerade, die wir auf das eifrigste bekämpfen. Wir haben im Deutschen Reiche keine Verfassung, die da bestimmt, daß der Kanzler des Deutschen Reiches etwa von parlamentarischen Majoritäten ernannt wird, sondern wir haben im Deutschen Reiche die Bestimmung, daß der Kaiser die Beamten des Deutschen Reiches ernannt. Wir sind auch nicht gewillt, dazu etwas beizutragen, die: Bestimmung zu befestigen.“ (Beifall.) Redner wies dann auf die Organisationen hin, die sich in dem Gebiete, das nach der Lösung der parlamentarischen Aufgabe der Reichsfinanzreform entstanden ist, gebildet haben. Den Deutschen Bund habe nicht die Not geboren, sondern der Ueberfluß. Der Deutsche Bund führe keinen Kampf für heilige Güter, sondern er kämpfe nur dafür, daß zur Hebung der Not des Reiches nicht auch etwa das Kapital herangezogen wird. Der